I. **Anmeldung**

TOP:

Kommission für Integration

Sitzungsdatum 30.06.2016

öffentlich

Betreff:
Information an langjährig geduldete Flüchtlinge; Abschiebungen nach Afghanistan
Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2016/12.04.2016

Anlagen:
- Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2016 bzw. 12.04.2016
- Stellungnahmen EP
- Schreiben Herr OBM an Herrn Staatsminister des Innern und Antwort

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):
Seit einigen Monaten gelten das sog. stichtagsunabhängige Bleiberecht, § 25b AufenthG und einige weitere Änderungen im Ausländerrecht, die zu Verbesserungen für geduldete Menschen in Deutschland führen sollen.
Zudem wird in einem weiteren Antrag Auskunft über die Situation afghanischer Staatsangehöriger in Nürnberg begehrt. Hierzu wird eine statistische Auswertung über Anzahl der afghanischen Staatsangehörigen sowie deren rechtlichen Status vorgelegt.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft	☐ nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Unterschiedliche Betroffenheit aufgrund Aufenthaltsdauer und Lebensalter aufgrund gesetzlicher Festlegungen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **Koordinierungsgruppe Integration**

☐

☐

II. **Herrn OBM/BgA**

III. **KuF**

Nürnberg,
Der Oberbürgermeister EP/L

( ) 3240